

II- 2626 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIV. Gesetzgebungsperiode

DER BUNDESMINISTER FÜR FINANZEN

Z. 11 0502/44-Pr.2/77

Wien, 1977 07 11

An den
Herrn Präsidenten
des Nationalrates

1180/AB
1977-07-11
zu 1188/J

Parlament
W i e n , 1 .

Auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feurstein und Genossen vom 12. Mai 1977, Nr. 1188/J, betreffend stabilitätspolitische Maßnahmen zur Arbeitsplatzsicherung, beehre ich mich mitzuteilen:

Zu 1):

Die Bundesregierung hat sich nach wie vor die Gesamtstabilität zu ihrem obersten wirtschaftspolitischen Ziel gesetzt. Dazu gehört die Erhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades, möglichst stabiles Preisniveau, angemessenes Wirtschaftswachstum und eine ausgeglichene Zahlungsbilanz.

Daß sich je nach der wirtschaftlichen Lage das Schwergewicht der Wirtschaftspolitik entsprechend verlagert und verlagern muß, darf als selbstverständlich vorausgesetzt werden. Dank der entschlossenen Durchführung einer antizyklischen Konjunkturpolitik war es möglich, die Folgen der schwersten Rezession der Nachkriegszeit für Österreich zu mildern.

Die Vergrößerung des Zahlungsbilanzdefizits ist im wesentlichen auf eine Reihe von Sonderfaktoren (Deckung des aufgeschobenen Bedarfes an dauerhaften Konsumgütern durch die österreichische Bevölkerung, Aufstockung der Lager, Vorziehen von Importen durch das Auslaufen von Investitionsbegünstigungen zu Jahresende 1976, starke Importnachfrage bei Personenkraftwagen und Kombis, vermehrte Energieimporte durch schlechte Wasserführung der Flüsse im Jahre 1976), auf das größere Wachstum Österreichs im Vergleich zu anderen Staaten und auf mittelfristige Strukturprobleme der heimischen Wirtschaft zurückzuführen.

Die ausgezeichnete Beschäftigungssituation, die weiterhin abnehmenden Preissteigerungsraten und die realen Wachstumsaussichten für 1977 erlauben der Wirtschaftspolitik einen Kurs zu steuern, der verstärkt auf Stabilisierung ausgerichtet ist.

Die Bundesregierung hat daher im Zusammenwirken mit der Notenbank und dem Kreditapparat Maßnahmen beschlossen, die geeignet sind, global restriktiv, aber selektiv strukturverbessernd und damit leistungssteigernd zu wirken. Damit wird es sicherlich auch möglich sein, eine entsprechende Entlastung der Handelsbilanz zu erreichen. Konkret sind in diesem Zusammenhang folgende budgetpolitische Maßnahmen zu nennen:

Kürzung der Förderungsausgaben um 10 % gegenüber dem Grundbudget 1977;

Kürzung der Investitionsausgaben um ebenfalls 10%;

Eindämmung der Defizite bei Bahn und Post;

Wegfall der vorzeitigen AfA für Kombiwagen;

Verminderung der vorzeitigen AfA für Lastkraftwagen um 50%;

Abbau der Steuerprivilegien der Sparkassen und Kreditgenossenschaften.

Die Bundesregierung mißt der Aufrechterhaltung des freien Welthandels höchste Bedeutung zu. Aus diesem Grund werden Wege beschritten, die geeignet erscheinen, ohne Beeinträchtigung des freien Handels die österreichische Handels- und Dienstleistungsbilanz nachhaltig zu verbessern.

Um die qualitative Ausstattung des österreichischen Fremdenverkehrsangebotes weiterhin zu erhöhen, ist vorgesehen, eine ERP-Ersatzaktion im Ausmaß von 600 Mio. S zu ermöglichen.

Weitere Maßnahmen von je 1 Mrd. S zur Verbilligung von Exportfinanzierungen und von Industrieinvestitionen sind geplant, um einerseits eine geeignete Importsubstitution zu erleichtern, andererseits die notwendigen Devisen über eine verstärkte Ausfuhr zu verdienen.

Darüberhinaus darf auf die mit der Bundesregierung abgestimmten restriktiven Maßnahmen der Notenbank verwiesen werden.

Zu 2):

Im Entwicklungskomitee des Internationalen Währungsfonds werden vor allem die Entwicklung der Weltwirtschaft, das Funktionieren des internationalen Währungssystems und die internationale Liquidität erörtert, jedoch keine für die Mitglieder des Fonds bindenden Beschlüsse gefaßt. Bei der letzten im April dieses Jahres abgehaltenen Tagung konzentrierte sich die Debatte auf die Inflation, die Arbeitslosigkeit und die internationale Liquidität. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Bekämpfung von Inflation und Arbeitslosigkeit nicht zu neuen protektionistischen Hemmnissen führen dürfe und der interne Anpassungsprozeß durch internationale Zusammenarbeit gefördert

- 3 -

werden müsse. Auch sollten weltweit energiesparende Maßnahmen eingeführt werden. Vorrang soll dem Kampf gegen die Inflation und der Verbesserung der Kostensituation eingeräumt werden. Länder mit Zahlungsbilanzüberschüssen sollten die heimische Nachfrage stimulieren und Kapitalexporte vor allem langfristiger Natur zulassen. Dabei hätte der Internationale Währungsfonds eine führende Rolle zu spielen. Die Durchführung der vom Interimskomitee empfohlenen Maßnahmen durch die Mitgliedsländer wird sich zweifellos auch auf Österreich auswirken und zur Erhaltung der Stabilität des Schilling beitragen.

Zu 3):

Schuldendienst für Auslandsschulden (Stand 31. Dezember 1976) in den Jahren 1977 - 1982

	Verzinsung	Tilgung	Summe
1977	3.027	1.268	4.295
1978	2.904	1.319	4.223
1979	2.781	5.091	7.872
1980	2.266	6.598	8.864
1981	1.598	6.005	7.603
1982	1.018	7.931	8.949.

